

# «Die Schweiz profitiert am stärksten»

**Brüssels Mann in Bern** EU-Botschafter Petros Mavromichalis hofft beim Rahmenabkommen auf eine klare Ansage des Bundesrats. Im Verhältnis zum Nutzen, den die Schweiz aus dem Binnenmarkt zieht, findet er ihren Beitrag sehr bescheiden.

**Fabian Fellmann** und  
**Markus Häfliger**

So nah und doch so fern. Nur 150 Meter liegen zwischen dem Amtssitz von Aussenminister Ignazio Cassis im Bundeshaus-West und dem Büro von Petros Mavromichalis im ersten Stock über einem Fitnesscenter.

Seit September ist Mavromichalis neuer EU-Botschafter in der Schweiz. Von seinem Schreibtisch aus sieht auf die andere Seite der Bundesgasse, wo der Bundesrat seit fast zwei Jahren darüber brütet, wie das unbeliebte Rahmenabkommen mit der EU zu retten wäre. Fast ein Jahr lang legte die Landesregierung das Dossier auf Eis, bis die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative vorüber war.

Bis jetzt, zwei Wochen nach dem Urnengang, hat sich die Landesregierung noch immer nicht vernehmen lassen. Zu breit ist die Kritik, das Abkommen schwäche den Lohnschutz, fördere die Einwanderung in den Sozialstaat und gefährde die Wirtschaftspolitik der Kantone. Also wartet der EU-Botschafter weiter auf ein Zeichen von der anderen Strassenseite.

Nun äussert sich Brüssels neuer Mann in Bern erstmals ausführlich zu dem Vertrag, der die bilateralen Wirtschaftsabkommen «konsolidieren» soll, wie er es ausdrückt: «Im Binnenmarkt müssen alle die gleichen Regeln einhalten. Darum brauchen wir einen Mechanismus zur Lösung, wenn sich die EU und die Schweiz einmal rechtlich nicht einig sind.»

**Der Bundesrat verlangt drei Präzisierungen beim Rahmenabkommen. Kommt die EU der Schweiz entgegen?**

Die EU ist sehr wohl bereit zu einem Schritt – wenn der Bundesrat endlich klar sagt, was er genau will. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Dann könnten wir eine Lösung finden, obwohl die EU in vielen Bereichen der Schweiz bereits sehr entgegengekommen ist.

**Inwiefern?**

Wir akzeptieren die flankierenden Massnahmen in abgeschwächter Form, obwohl sie für EU-Firmen nachteilig sind. Wir haben der Schweiz zugestanden, dass sie nicht alle neuen EU-Regeln übernehmen muss: Sollte das Volk zu einer neuen Binnenmarktregulierung einmal Nein sagen, fällt nicht der ganze Vertrag weg, sondern es gibt Ausgleichsmassnahmen. Solche Ausnahmen geniesst kein EU-Mitglied. Zudem kann die Schweiz mit dem Rahmenabkommen künftig an den Entscheidungsprozessen teilnehmen, wenn auch ohne Stimmrecht.

**Dieses Schiedsgericht wird als Scheingericht kritisiert, weil es auf den Europäischen Gerichtshof hören muss.**

Ganz und gar nicht! Das Schiedsgericht kann zum Beispiel selbst beurteilen, ob Gegenmassnahmen verhältnismässig sind. Der Europäische Gerichtshof kommt nur ins Spiel, wenn es um die Auslegung des Gemeinschaftsrechts geht. Auch in der EU ist er dafür allein zuständig. Dürften nationale Gerichte selbst die Regeln



«Frieden ist nichts Selbstverständliches»: Petros Mavromichalis. Foto: Nicole Philipp

des Binnenmarkts auslegen, würde dieser auseinanderbrechen.

**Die Kritik an der Stellung des Europäischen Gerichtshofs im Rahmenabkommen nimmt zu. Ist die EU bereit, auch darüber zu reden – zusätzlich zu den drei anderen Punkten?**

Wenn die Schweiz so weitermacht und immer Neues aufbringt, wird vom Rahmenvertrag nichts mehr übrig bleiben. Das Abkommen soll die bilateralen Beziehungen stabilisieren, unter anderem durch diesen Mechanismus zur Streitbeilegung. Ein Ausschluss des Europäischen Gerichtshofs bei der Auslegung des Gemeinschaftsrechts ist nicht vorgesehen und auch nicht möglich.

**Mit Kanada hat die EU ein Freihandelsabkommen, in dem**

**der Europäische Gerichtshof keine Rolle spielt.**

Ein Freihandelsabkommen gewährt nicht den gleichen Zugang zum Binnenmarkt wie die bilateralen Verträge. Diesem Missverständnis unterliegen auch unsere britischen Freunde, die nach dem Brexit ein Freihandelsabkommen wie Kanada anstreben.

**Die EU pocht auf Prinzipien. Damit setzt sie eine für beide Seiten fruchtbare Zusammenarbeit aufs Spiel – wegen kleiner Probleme mit den flankierenden Massnahmen.**

Das nehmen EU-Bürger und -Unternehmen anders wahr. Ein Maler aus der EU muss sich acht Tage vorher anmelden, wenn er in der Schweiz ein Haus streichen soll. Zudem muss er eine Kaution von bis zu 40'000 Franken hin-

terlegen, die er erst nach einem halben Jahr zurückerhält. Diese Vorschriften sind für einen kleinen Handwerksbetrieb ein ernsthaftes Problem. Und sie sind diskriminierend, weil sie für Schweizer Unternehmen nicht gelten.

Trotzdem habe er Verständnis für das Anliegen der Schweiz, ihr Lohnniveau und ihren hohen Lebensstandard zu erhalten, sagt Mavromichalis. Er ist griechisch-belgischer Doppelbürger, 56 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder. Seit wenigen Wochen lebt er nun in Bern und schwärmt von der Berner Altstadt. Man sehe es ihr an, dass sie nie durch einen Krieg zerstört worden sei.

**Was, wenn die Gespräche über das Rahmenabkommen scheitern?**

Wir bleiben Freunde. Aber ohne Abkommen sind keine Fortschritte bei anderen Dossiers möglich, die für beide Seiten vorteilhaft wären, zum Beispiel beim Strommarkt und beim Forschungsprogramm Horizon Europe. Auch unser Freihandelsabkommen von 1972 ist veraltet, wir müssen es erneuern.

**Ohne Rahmenabkommen wird der Zugang der Schweizer Forscher zu den EU-Programmen eingeschränkt?**

Vieles ist noch offen, weil die EU das Forschungsprogramm Horizon Europe zuerst intern fertig aushandeln muss. Klar ist jedoch, dass rasche Fortschritte beim Rahmenabkommen die Teilnahme der Schweiz an Horizon Europe begünstigen würden. Das wünschen wir uns natürlich, weil die Schweizer Forschungsstätten spitze sind. Andernfalls wird Horizon Europe wohl ein Beispiel dafür werden, dass die bilateralen Beziehungen künftig weniger intensiv und komplizierter werden.

**Bereits heute verweigert die EU der Schweiz die Börsenäquivalenz. Die Schweiz hält im Gegenzug die Kohäsionsmilliarde zurück. Droht eine Eskalation?**

Das ist sicher nicht unsere Absicht. Es ist aber bedauerlich, dass die Schweiz den Kohäsionsbeitrag an Bedingungen knüpft, weil er eine Gegenleistung für den Marktzugang ist. Niemand hat ein Interesse daran, dass plötzlich alle Europäer nach Zürich, München oder Paris ziehen. Deshalb fördert die EU benachteiligte Regionen mit dem Kohäsionsfonds. Mit Verlaub: Für ein Land wie die Schweiz ist der Beitrag von 1 Milliarde Euro über zehn Jahre sehr bescheiden. Die Schweiz ist nachweislich das Land, das am stärksten vom EU-Binnenmarkt profitiert.

Studium an der London School of Economics, mehr als 20 Jahre Dienst in der EU-Kommission: Mavromichalis ist ein Karriere-Diplomat, der die Europäische Union mit grosser Selbstverständlichkeit verteidigt. Anders als einige seiner steifen Vorgänger wirkt der heute 56-Jährige leidenschaftlich, wenn er über «das europäische Projekt» spricht. Das ist auch mit seiner Biografie zu erklären.

Als Sohn eines griechischen Diplomaten wuchs Mavromichalis auch in Stuttgart auf, nebst Griechisch spricht er fließend Englisch, Spanisch, Portugiesisch und drei Schweizer Amtssprachen: Französisch, Italienisch und Deutsch. Diplomatischer Dünkel scheint ihm fremd. Für das Interview zieht er sein Sakko aus und rollt die Ärmel zurück.

**Sie werden ab jetzt für viele Schweizer das Gesicht der EU sein. Was für ein Gesicht möchten Sie zeigen?**

Ein freundliches und offenes Gesicht, weil die EU und die Schweiz eine sehr starke Freundschaft verbindet. Die Schweizer sind Europäer, obwohl sie sich entschieden haben, nicht mitzumachen im europäischen Integra-

tionsprojekt. Das ist ihr gutes Recht, und das respektieren wir. Aber die Geografie, unsere Kultur und unsere gemeinsame Geschichte können wir nicht ändern: Die Schweiz ist und bleibt ein europäisches Land.

**In der Schweiz werden die EU-kritischen Stimmen lauter. Schmerzt Sie das?**

Ich bedaure, dass viele Schweizer ein negatives Bild der EU haben, aber es erstaunt mich nicht. Kritische Stimmen hören wir auch aus unseren Mitgliedsstaaten. Es ist einfach, das Glas immer als halb leer zu betrachten. Über das, was gut läuft, redet man logischerweise selten. Viele vergessen auch, warum die Europäische Union gegründet wurde: Wir haben seit 75 Jahren Frieden in Europa, dank der EU tragen wir unsere Konflikte am Verhandlungstisch statt auf dem Schlachtfeld aus. Weil die Schweiz glück-

**«Dank der EU tragen wir unsere Konflikte am Verhandlungstisch statt auf dem Schlachtfeld aus.»**

licherweise nie Teil dieser Kriege war, kann sie das vielleicht nicht so gut verstehen. Aber Frieden ist nichts Selbstverständliches, wir leben in einer gefährlichen Welt. Darum müssen wir Europäer zusammenhalten. Nicht einmal die grossen europäischen Länder sind allein stark genug.

Im Bücherregal des Botschafters sticht eine Plakette ins Auge. Die Inschrift: «Never retreat, never surrender». Kein Rückzug, keine Kapitulation. Es ist die moderne Übertragung des Leitspruchs des antiken Sparta, berüchtigt für seine Kriegskunst, gelegen unweit der Heimat von Mavromichalis' Vorfahren. Das wirft eine letzte Frage auf:

**Ihr berühmter Namensvater Petros Mavromichalis kämpfte einst für die Unabhängigkeit Griechenlands vom Osmanischen Reich. Sind Sie verwandt?**

Petros Mavromichalis war mein Urgrossonkel. Darauf bin ich natürlich sehr stolz.

**Jetzt vertreten Sie als sein Nachfahre die EU, die in der Schweiz als vereinnahmende Grossmacht wahrgenommen wird. Eine Ironie der Geschichte?**

Ich weise diese Darstellung entschieden zurück. Die Europäische Union ist kein Imperium. Sie strebt keine Hegemonie an, sie schützt in ihren Entscheidungen die Minderheiten, jeder Mitgliedsstaat hat bei wichtigen Entscheidungen ein Vetorecht. Jeder Staat, der sich am europäischen Projekt beteiligt, tut dies aus freien Stücken. Die EU ist auch kein Hotel California, das man jederzeit betreten, aber nie mehr verlassen kann.